

155/I

K. N. V.

## Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Wutte und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die Übergriffe der „Technischen Union“ gegen Arbeiter, die nicht in der Technischen Union organisiert sind.

In den einzelnen Fernsprechvermittlungsämtern in Wien waren am 27. September l. J. an den schwarzen Tafeln Aufforderungen angebracht, die besagten, daß jene Arbeiter, die mit dem Mitgliedsbeiträge von 6 K im Rückstande sind und denselben nicht sofort begleichen und jene Arbeiter, die sich nicht der Technischen Union anschließen, aus dem Staatsbetriebe entlassen werden. Diese Verlautbarung läßt zweierlei Vermutungen aufkommen:

1. daß das Staatsamt für Verkehrswesen für die Technische Union gewissermaßen als politischer Exekutor und als Zutreiber für diese Organisation auftritt oder

2. daß sich die Technische Union Rechte annimmt, die derselben nie zukommen, denn die Aufnahmen in den Staatsdienst erfolgen nach der Auffassung der Gefertigten einstweilen noch durch die staatlichen Ämter.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen die Anfragen:

„1. Ist dem Herrn Staatssekretär bekannt, daß die Technische Union allen Arbeitern mit Entlassung droht, die sich der Technischen Union nicht anschließen oder aus derselben austreten?“

2. Hat der Herr Staatssekretär der Technischen Union ein Mandat zur Arbeiterentlassung übertragen und

3. Was gedenkt der Herr Staatssekretär zu tun, wenn die im Punkt 2 ausgesprochene Vermutung nicht zutrifft, um den Übergriffen der Technischen Union zu steuern?“

Wien, 14. Oktober 1919.

Pauly.  
Dr. Dinghofer.  
Grahamer.

Dr. Straffner.  
Dr. Wutte.  
Schürff.